



SPD



Newsletter von
Johann Saathoff, MdB
mit Berichten aus Berlin und der Region

Norden, 22.02.2019

www.johann-saathoff.de

Ausgabe 01/2019

Mein mitbewerber!

Das tut richtig gut: Mit der Grundrente und unserem Konzept für einen neuen Sozialstaat kommen wir endlich wieder aus der Defensive heraus und zeigen den Menschen, wofür wir stehen - nämlich für mehr Gerechtigkeit in einer Gesellschaft, die wir uns solidarisch vorstellen. Der Schub kommt vor dem Europawahlkampf zur rechten Zeit.

Von den steigenden Umfragewerten sollten wir uns aber nicht einlullen lassen: Die Menschen erwarten von uns, dass wir für unsere Ziele kämpfen - auch wenn wir vielleicht nicht alles sofort umsetzen können.

Also: Kopf hoch und Rücken gerade. Es ist an der Zeit, dass unsere SPD wieder mit Stolz und Selbstbewusstsein an die Arbeit geht.

Viel Spaß beim Lesen!



Gemeinsam mit Hanne Modder für die Grundrente

Gemeinsam mit meiner Landtagskollegin Hanne Modder (Bunde) unterstütze ich entschieden den Vorschlag von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) für eine Grundrente.

Wir halten diese Grundrente auch ganz wichtig für Ostfriesland und das Emsland, das Hanne mitbetreut. Denn trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklungen in den vergangenen Jahren sind Ostfriesland und das Emsland immer noch Niedriglohn-Regionen. Gerade hier werden überdurchschnittlich viele Menschen davon profitieren, dass ihre Lebensleistung nach 35 Jahren Arbeit anerkannt wird.

Das Konzept von Hubertus Heil sieht vor, dass Frauen und Männer nach 35 Jahren Arbeit in Niedriglohnberufen eine deutlich höhere Rente bekommen, als ihnen derzeit zusteht. Diese höhere Rente soll ohne eine weite-

re Prüfung der Bedürftigkeit aus Steuermitteln gezahlt werden. Das halten wir für gerecht und richtig: Denn es geht dabei nicht um eine neue Sozialleistung, sondern um die Anerkennung einer Lebensleistung.

Für uns sind nicht nur gut verdienende Ingenieure, Manager und Facharbeiter Leistungsträger der Gesellschaft, sondern auch Pflegekräfte, Frisörinnen oder Paketboten. In unserem derzeitigen Rentensystem fallen diese Menschen durch den Rost. Das wollen wir künftig verhindern.

Das heißt für uns auch, dass die von der CDU geforderte Bedürftigkeitsprüfung nicht ins Gesetz kommen darf.

Mit Unverständnis verfolgen wir die Kritik, die Grundrente sei nicht finanzierbar. Der CDU-Wunsch, auch Wohlhabende vom Solidaritätszuschlag zu befreien, kostet mindestens genauso viel wie die Grundrente.

Mehr dazu auf Seite 2

Die Grundrente - so soll sie funktionieren

Ein großer Teil der Menschen hat jahrzehntelang gearbeitet. Sie haben Kinder großgezogen, Angehörige gepflegt, einen Beitrag zum Gemeinwohl geleistet. Nicht selten das Ergebnis: eine so kleine Rente, mit der sich das Leben kaum bezahlen lässt. Was folgt, ist der Weg zum Amt und in die Grundsicherung.

Das will die SPD-Bundestagsfraktion nicht länger hinnehmen. Das Vertrauen in die gesetzliche Rente ist wesentlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es ist aber auch Aufgabe der Solidargemeinschaft sicherzustellen, dass Arbeit sich lohnt und Menschen nach einem langen Arbeitsleben im Alter ein Auskommen haben, das ihre Leistung respektiert und anerkennt. Mit der geplanten Grundrente will die SPD-Bundestagsfraktion dafür sorgen, dass die Menschen sich auf das Kernversprechen des Sozialstaats verlassen können: Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll im Alter ordentlich abgesichert sein. Und zwar besser als derjenige, der nur kurzzeitig oder gar keine Beiträge geleistet hat – das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Die Grundrente soll den Auftrag aus dem Koalitionsvertrag umsetzen: Nach Jahrzehnten der Arbeit, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen soll jeder am Ende besser dastehen, als hätte er keine oder nur kurzzeitig Beiträge geleistet.

Unser Konzept sieht folgendermaßen aus:

Die Rente wird um einen Zuschlag erhöht, wenn die Versicherten mindestens 35 Jahre „Grundrentenzeiten“ vorweisen können – das sind Pflichtbeitragszeiten vor allem aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pfllegetätigkeit. Grundlage der Berechnung sind die in den Grundrentenzeiten erworbenen Entgeltpunkte, die aufgrund der eigenen Beiträge während des gesamten Versicherungslebens aus den Grundrentenzeiten erworben wurden.

Die Höhe der Grundrente ergibt sich aus den im Einzelfall erworbenen Entgeltpunkten und einem Zuschlag. Konkret wird ab 35 Jahren „Grundrentenzeiten“ und einem Durchschnittswert von 0,2 Entgeltpunkten (EP) der Durchschnittswert auf das 2-Fache angehoben, maximal aber auf 0,8 EP pro Jahr. Für Menschen, die zum Beispiel 35 Jahre für ein Einkommen in Höhe des Mindestlohns bei Vollzeit gearbeitet haben, führt das zu einer monatlichen Bruttorente oberhalb der durchschnittlichen Grundsicherung. Mit höherem Einkommen wird der Zuschlag allmählich abgeschmolzen.

Ganz konkret: Eine Friseurin, die 40 Jahre auf dem Niveau des Mindestlohns voll gearbeitet hat, kommt derzeit auf eine monatliche Rente von 512,48 Euro.

Mit der Grundrente käme sie künftig auf eine Monatsrente von 960,90 Euro.

SPD-Fraktion lehnt Bedürftigkeitsprüfung strikt ab:

Die Grundrente wird ohne Bedürftigkeitsprüfung ermittelt. Das ist klarer Standpunkt der SPD-Bundestagsfraktion. Denn es geht um die Betrachtung jeder einzelnen Person und deren Leben. Davon werden 3 bis 4 Millionen Menschen profitieren können, ein großer Anteil davon sind Frauen. Die Sozialdemokraten erkennen die Lebensleistung von heutigen und künftigen Rentnerinnen und Rentnern an. Deswegen sollen die Regelungen auch für alle gelten.

Zur Wahrheit gehört: Nicht in allen Fällen wird die Höherwertung raus aus der Grundsicherung führen. Darum soll die Grundrente mit Verbesserungen beim Wohngeld und der Einführung eines Freibetrags in der Grundsicherung flankiert werden.

Rentnerinnen und Rentnern, die mindestens 35 Jahre Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt haben, soll künftig ein pauschaler Freibetrag beim Wohngeld gewährt werden. In der Höhe soll sich der Freibetrag an dem bereits für schwerbehinderte Menschen existierenden Freibetrag von 125 Euro orientieren.

Wer 35 Jahre lang in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert war, soll außerdem einen Freibetrag in der Grundsicherung erhalten. Damit stellen wir in allen Fällen für langjährig Versicherte sicher, dass das Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung liegt. Schließlich muss es einen Unterschied machen, ob man sein Leben lang gearbeitet hat oder nicht – auch im Geldbeutel. Der Freibetrag soll 25 Prozent der individuellen Rente umfassen, maximal aber aktuell 106 Euro (25 Prozent der Regelbedarfsstufe 1).

Das Bundessozialministerium wird bis spätestens Mai einen Gesetzentwurf vorlegen, der dann zügig vom Bundeskabinett verabschiedet werden soll. Anschließend wird er vom Deutschen Bundestag beraten – und soll noch dieses Jahr beschlossen werden.



Neue Stärke – Klausurtagung der SPD-Landesgruppen NRW und Niedersachsen/Bremen in Osnabrück

Am 8. und 9. Januar 2019 fand die Klausurtagung der beiden größten Landesgruppen der SPD-Bundestagsfraktion, Niedersachsen/Bremen und Nordrhein-Westfalen, unter dem Motto „Neue Stärke“ in Osnabrück statt.

Ziel der Tagung war es, gemeinsame Positionen für die Zukunft unseres Landes zu erarbeiten und der SPD „Neue Stärke“ zu verleihen. Als Chef der Landesgruppen Niedersachsen/Bremen hatte ich zusammen mit dem Vorsitzenden der Landesgruppe NRW, Achim Post, MdB, dazu eingeladen, mit Blick drei Landtagswahlen darüber zu sprechen, wie eine Neuausrichtung der SPD gelingen kann.

Auf der Grundlage unseres 6-seitigen Positionspapieres haben wir unter anderem darüber diskutiert, künftige Kandidatinnen und Kandidaten der SPD per Urwahl zu bestimmen. Wir vertreten die Ansicht, dass wir als Partei mehr Mut haben müssen, neue Wege zu gehen. Die Spitzenkandidaten per Urwahl zu bestimmen, wenn es mehrere Kandidatinnen und Kandidaten gibt, ist ein Beispiel dafür. Ich habe mich ganz klar dafür ausgesprochen, die SPD wieder als Partei der Gerechtigkeit, des Friedens und der Arbeit zu positionieren. Denn nach wie vor verlangen viele der großen Aufgaben unserer Zeit nach sozialdemokratischen Antworten.

Eine selbstbewusste und mutige Politik für Fortschritt, Gerechtigkeit und Zusammenhalt ist zeitgemäßer denn je. Die SPD muss nicht alles anders, aber vieles deutlich besser machen. Umso wichtiger ist es, dass dieses Jahr ein Jahr der politischen Impulse für Deutschland und Europa wird. Und es muss ein Jahr der Weichenstellung für die SPD sein.

In diesem Sinne begrüße ich das Vorhaben, die Kindergrundsicherung als neues Element zu diskutieren und somit die sozialen Sicherungssysteme insgesamt am Menschen und an der Zukunft orientiert weiterzuentwickeln. Ich unterstütze daher auch die Pläne zu einer Reform von Hartz IV, um das System gerechter zu machen. Überzogene Sanktionen sollten abgeschafft werden. Die Frage ist für mich nicht mehr, ob wir HARTZ IV reformieren, es geht uns nur noch darum, wie und wann.

Das Positionspapier gibt es hier zum
herunterladen:
www.johann-saathoff.de



Der Vorsitzende der Landesgruppe NRW, Achim Post, (r.) und Johann Saathoff, der Vorsitzende der Landesgruppen Nieder-

sachsen/Bremen, stellen sich den Fragen der Pressevertreter/innen auf der Klausurtagung der beiden Landesgruppen.

SPD-Küstengang diskutiert Havarie der MSC Zoe



Die Abgeordneten der SPD-Küstengang haben mit dem Leiter des Havariekommandos, Hans-Werner Monsees, die Hintergründe der Havarie der MSC Zoe diskutiert. Neben der Analyse des Lagebilds und dem Konzept der Gefahrenabwehr ging es in der Diskussion insbesondere auch um mögliche Ursachen der Havarie.

Der MSC Zoe sind Anfang Januar auf dem Weg von der portugiesischen Hafenstadt Sines nach Bremerhaven im Sturm nahe Borkum mehr als 280 Container über Bord gegangen und hunderte weitere wurden beschädigt.

Die Suche nach den in der Nordsee verlorenen Containern dauert nach wie vor an.

Es wurde noch einmal deutlich, dass die vollständige Bergung der Container noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Als Lotse der SPD-Küstengang habe ich bekräftigt, dass wir dabei die Küstenregionen selbstverständlich bestmöglich unterstützen werden.

Darüber hinaus werden wir die Ursachen der Havarie genau untersuchen, so dass Havarien dieser Art in Zukunft möglichst vermieden werden.

Red Hand Day – Kinder sollen spielen und nicht schießen!

Anlässlich des 7. Jahrestags der Red Hand Aktion im Februar 2019 hatte die Kinderkommission des Deutschen Bundestages die Abgeordneten eingeladen, mit ihrem Handabdruck ein Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldaten zu setzen.

Denn leider ist es auch aktuell immer noch in einer Vielzahl von Staaten gängige Praxis, Minderjährige als Kindersoldaten, Späher oder sogar als „lebende Schutzschilde“ zu missbrauchen. Mädchen und Jungen werden von Afghanistan bis zur Zentralafrikanischen Republik in vielen Ländern der Welt von Streitkräften und bewaffneten Gruppen rekrutiert, um sie zu militärischen Zwecken zu missbrauchen.

Im Rahmen dieser Aktion, die auf der Fraktionsebene des Reichstages stattfand, habe auch ich mich dafür ausgesprochen, dass derartige Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verstöße gegen die UN-Kinderrechtskonvention in keinerlei Hinsicht akzeptiert werden.



Endlich eine Lösung für „Flüchtlingsbürgen“

Ich bin froh, dass Bund und Länder nun gemeinsam eine Lösung für die sogenannten Flüchtlingsbürgen gefunden haben, die von hohen Rückforderungen bedroht waren.

Auch in Ostfriesland gab es davon eine Reihe von Fällen. Diesen Menschen, die durch ihre Unterstützung vielen anderen Menschen geholfen haben, wird nun die Solidarität der Gemeinschaft zu Teil. Mein Dank geht gleichermaßen an die niedersächsische Landesregierung und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil.

Zum Hintergrund:

Die Bundesrepublik Deutschland hat im Syrien-Konflikt umfangreich humanitäre Verantwortung übernommen. Über insgesamt drei humanitäre Aufnahmeprogramme des Bundes, die zusätzlich zum Resettlement durchgeführt wurden, konnten in den Jahren 2013 bis 2016 über 20.000 Flüchtlinge aus der Region nach Deutschland einreisen und so Schutz vor dem Krieg finden.

Zusätzlich zu diesen Programmen des Bundes haben 15 Bundesländer – alle mit Ausnahme Bayerns – eigene Programme zur Aufnahme von Syrern mit Verwandten in Deutschland aufgelegt. Voraussetzung für die Aufnahme war jeweils die Abgabe einer sogenannten Verpflichtungserklärung durch Verwandte oder Dritte, die zur Erstattung staatlicher Sozialleistungen verpflichtetete.

Über die Reichweite dieser Erklärungen waren die Betroffenen sich oftmals im Unklaren, zumal sie in der Regel vor der Einführung einer zeitlichen Begrenzung von Verpflichtungserklärungen (fünf Jahre bzw. drei Jahre für Altfälle) im Rahmen des Integrationsgesetzes abgegeben worden waren. Die Erstattungsforderungen liegen dabei in vielen Fällen im fünfstelligen Bereich.

Die Gerichte haben vor diesem Hintergrund überwiegend die Unwirksamkeit der Erklärungen festgestellt und die Erstattungsbescheide für unwirksam erklärt.

Im Hinblick auf diese Rechtsunsicherheiten hatte die Bundesagentur für Arbeit die Jobcenter angewiesen, Erstattungsansprüche gegenüber Verpflichtungsgebern festzusetzen, diese aber vorerst nicht zu vollstrecken. Ziel war es, auf politischer Ebene mit den Bundesländern zu einer sachgerechten Lösung zu kommen. Dieses Ziel ist jetzt erreicht worden. Die Bundesagentur für Arbeit wird die Jobcenter sehr schnell beauftragen, die nötigen Überprüfungen durchzuführen. Alles Notwendige ist bereits vorbereitet worden.

Tomke Juilfs fährt für ein Jahr in die USA

Die 16-jährige Tomke Juilfs aus Großefehn wird als Stipendiatin für ein Jahr als Austauschschülerin im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms des Deutschen Bundestages in die USA reisen.

Tomke wird dort zur Schule gehen, den Alltag einer amerikanischen Familie kennenlernen sowie als Botschafterin der Bundesrepublik ihren Gastgebern Deutschland etwas näher bringen. Sie hatte sich wie viele andere auch für das gemeinsame Programm des Deutschen Bundestages und des amerikanischen Kongresses als Austauschschülerin beworben. Sie hat erfolgreich ein Auswahlverfahren durchlaufen und fährt nun im Sommer 2019 für ein Jahr in die USA. Die Abgeordneten fungieren als Paten für die Schülerinnen und Schüler und stehen als Ansprechpartner während des Austausches in regelmäßigem Kontakt zu ihnen. Tomke ist eine sehr gute Schülerin mit sehr guten Sprachkenntnissen. Sie ist politisch sehr interessiert und besonders der Klimaschutz ist ihr ein wichtiges Anliegen. Sie wird sicher eine tolle Botschafterin unseres Landes sein.



Schlick hat eine Zukunft

Gespräch mit der Rheider Deichacht und der Sielacht Rheiderland

Schlick hat Zukunft - nicht nur als Material zum Bau von Deichen, sondern auch zur Verbesserung von Böden. Das haben mir jedenfalls Vertreter der Rheider Deichacht und der Sielacht Rheiderland klargemacht.

An dem Gespräch nahmen auch die Bürgermeister Ludwig Sonnenberg (Weener) und Hans-Peter Heikens (Jemgum) teil. Wir wollen jetzt gemeinsam mit der Rheider Deichacht nach Wegen suchen, wie wir dieses Thema voranbringen können.

Eingeladen zum Gespräch hatte Oberdeichrichter Meint Hensmann. Er wies im Gespräch darauf hin, „dass wir in den nächsten Jahrzehnten Unmengen von Klei benötigen, um die Deiche dem Meeresspiegelanstieg anzupassen“. Aus Schlick werde mit der Zeit Klei. Daher sei es doch naheliegend, den Schlick aus der Ems für den Aufbau eines Kleivorrats zu nutzen.

Zudem sei unbelasteter Schlick eine Möglichkeit, die Ackerböden und das Grünland im Rheiderland nicht nur aufzuwerten, sondern auch leicht anzuheben.

Klingt für mich logisch. Ich sehe das als Gelegenheit, den Schlick aus dem System Ems zu nehmen und damit auch den Masterplan Ems besser umzusetzen. Damit könnte man unter Umständen auch die Schlickprobleme der kommunalen Häfen an der Ems wie beispielsweise in Weener und Leer in den Griff bekommen.

Ich werde gerne die niedersächsische Landesregierung dabei unterstützen, den massenhaft in der Ems anfallenden Schlick zum Vorteile aller zu nutzen. Wir müssen überlegen, ob Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz dafür verwendet werden können. Ich begrüße auch sehr den Vorstoß der Rheider Deichacht, bei dem Vorhaben die Zusammenarbeit mit den benachbarten Niederländern zu suchen.



Im Gespräch über den Masterplan Ems und das Schlickproblem: Ludwig Sonnenberg, Bürgermeister von Weener, Hans-Peter Heikens, Bürgermeister von Jemgum, Detert Gruis, stellvertr. Oberdeichrichter, Johann Saathoff, MdB, Meint Hensmann, Oberdeichrichter, und Oberdeichrichter Willem Berlin (v.l.).

Land fördert Ausbaggerung der Häfen

Das Land Niedersachsen unterstützt die Ausbaggerungen von Seehäfen und kommunalen Häfen in Niedersachsen mit Zuschüssen.

Zusammen mit der SPD-Landtagskollegin Hanne Modder bin ich der Meinung, dass das eine Chance für unsere Häfen an der Ems und an der Küste ist, die unter der Verschlickung leiden.

Mit dem Verweis auf die neue Richtlinie des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums können wir nur dazu auffordern, Anträge zu stellen.

In der Richtlinie geht es um die „Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen und Ausbaggerungen“. Der Förderzeitraum läuft bis zum 31. Dezember 2020. Bezuschusst werden die Ausbaggerungen vor allem dann, wenn durch eine bessere Erreichbarkeit der Häfen Arbeitsplätze gesichert und Investitionen der Hafenfirmer begünstigt werden.

Die Zuschüsse betragen 60 bis 90 Prozent der Baggerkosten und werden im Zeitraum bis 2020 nur einmal gewährt. Das Geld kommt aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschafts-

struktur“ und kann von kommunalen Häfen und Seehäfen in den Landkreisen Aurich, Cuxhaven, Friesland, Leer, Oldenburg und Wittmund sowie in den kreisfreien Städten Emden, Wilhelmshaven und Oldenburg beantragt werden.

Vor allem für kommunale Häfen wie Leer oder Weener sind die Ausbaggerungen ein Dauerproblem, weil sie die Kosten in der Regel alleine tragen müssen.



Im Gespräch mit den Gewerkschaften

Gemeinsam mit meinen Landtagskollegen Wiard Siebels (Aurich), Matthias Arends (Emden-Norden) und Jochen Beekhuis (Wittmund) sowie dem Vorsitzenden der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Sascha Pickel, habe ich mich mit Betriebs- und Personalräten sowie Vertretern der regionalen Gewerkschaften auf eine Tasse Tee im SPD-Haus in Norden getroffen.

Zusammen mit Wiard Siebels hatte ich zu dem Gespräch eingeladen, um über die aktuellen Herausforderungen in unserer Region zu diskutieren.

Im Mittelpunkt stand die Zukunft der Arbeitsplätze bei Volkswagen und den vielen Zulieferfirmen sowie die Situation bei den Nordseewerken. Aber auch die Kreisvolkshochschulen haben Sorgen, über die wir mit den Betriebs- und Personalräten diskutiert haben.

Danke für das Gespräch - wir bleiben im engen Austausch. Gewerkschaften und SPD sind bei den großen Themen für Ostfriesland, die vor allem die Autoindustrie und die Energiewirtschaft betreffen, ganz nah beieinander, da bin ich ganz sicher.



Gespräch mit Leeraner Therapeuten Gesetz ist auf einem guten Weg



Mit Therapeutinnen und Therapeuten aus dem Landkreis Leer sowie Vertretern ihrer Fachverbände habe ich über die nicht einfache Lage und Zukunft der Heilberufe diskutiert.

Eins der Themen in der Leeraner SPD-Geschäftsstelle war das Terminvergabe- und Versorgungsgesetz (TSVG), das uns bereits im Bundestag beschäftigt. Die Therapeuten erhoffen sich durch das Gesetz eine höhere Vergütung, um den Beruf attraktiver zu machen und den sich abzeichnenden Mangel an Therapeutinnen und Therapeuten zu verhindern. Das kann ich gut verstehen. Nach meiner Einschätzung ist das Gesetz auf einem guten Weg. Daher konnte ich den Therapeuten etwas Hoffnung machen. Wir werden das weiter verfolgen.

Rund 50 Ostfriesen zu Besuch in Berlin.



Rund 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Aurich und der Stadt Emden besuchten auf meine Einladung für vier Tage die Bundeshauptstadt, um hinter die politischen Kulissen zu blicken.

Auf dem Programm, das durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert worden ist, stand u. a. der Besuch des Bundesverteidigungsministeriums, der Besuch der Ausstellung zum deutschen Widerstand und der Besuch des Deutschen Historischen Museums. Fehlen durfte natürlich auch nicht die obligatorische Stadtrundfahrt, die vor allem an politischen Gesichtspunkten orientiert war.

Krönender Abschluss der Reise war der Besuch einer Plenarsitzung im Reichstag.

Anschließend stand ich der Gruppe für eine Vielzahl von Themen Rede und Antwort. Ich musste die Diskussion mit der Gruppe allerdings frühzeitig verlassen, da im Parlament ein Hammelsprung durchgeführt wurde, was für die Gäste natürlich ebenfalls ein spannendes Erlebnis war.

Selbstverständlich durfte das Gruppenbild auf der Kuppel vor der anschließenden Heimreise nicht fehlen.

Kontakt Wahlkreisbüro:

Wahlkreisbüro Johann Saathoff, MdB

Burggraben 46, 26506 Norden

Tel: 04931 - 4417

Fax: 04931- 930 16 73

johann.saathoff.ma03@bundestag.de

Kontakt Büro Berlin:

Johann Saathoff, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel: 030 - 227 - 73 155

Fax: 030 - 227 - 70 155

johann.saathoff@bundestag.de



Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-73155/-70155

johann.saathoff@bundestag.de | www.johann-saathoff.de

Redaktion

Wiebke Doesken, Heiner Schröder, Torsten Stein, Kornelia Urban und Sabine Zimmermann